

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N. 57
Unterstadtstr. 21 (Redakteur: Emil Dittmer)
Postfach: Post-Bezirk Nr. 5488

Sinns- und Gemeindegewerkschaften
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Postgebühren) 2 Mk.
Postnummer 2164

Weihnachtsgedanken.

Wieder tönen die Glocken und läuten das Fest des Friedens und der Freude ein.

Das Fest des Friedens?

Ach, die ganze Kulturwelt starrt heute noch in Waffen und der Moloch Militarismus beherrscht die Völker mehr denn je. Graufig blutige Kriege sind vor wenigen Monaten am Ballan zerübt worden und mit genauer Not ist das euroäische Pulverfaß dem Funken entgangen, der es in die Luft geblenzt hätte.

Und das unsinnige Wettrüsten will noch immer kein Ende nehmen. Eben erst sind Millionen bewilligt für neue Regimenter, neue Kanonen, neue Kriegsluftschiffe. Wer vermag da das Ende dieser unsinnigen Verschleuderung des Volksgeldes abzusehen? Nicht genug damit, werden Hunderttausende junger Menschen gedrillt zum Massenmord. Ja, man möchte sie in den Kasernen von ihren Arbeitsbrüdern so weit isolieren, daß sie auch gegen den „inneren Feind“ das heftig gegen den planmäßig aufwärts und vorwärts strebenden Teil des Volksganges verwandt werden können. Welch unheilvolle Situation aus der sozialistisch gepflegten Gegenwärtlichkeit von Militär und „Zivil“ entstehen muß, zeigen die jüngsten Vorgänge im Elsch. Sie sind durchaus als Symptom einer unerschrockenen Entwicklung zu bewerten, die weder dem inneren noch dem äußeren Frieden dient.

Während die organisierte Arbeiterschaft mehr und mehr zum einzig zuverlässigen Träger des Weltfriedens wird, während die erdumspannende Idee des Sozialismus der einzige Ausweg bleibt in dem heillosen Labyrinth von Gegenwärtlichkeit und Interessen, begegnen wir in den Kreisen der Besitzenden einer Verständnislosigkeit für diese Bestrebungen, die wahrlich nicht in Entzweiung zu bringen ist mit dem Weihnachtsevangelium.

Schwere Wunden schlägt der heutige Industrialismus der Menschheit. Eine kleine Gruppe bereichert sich auf Kosten der über Millionen und dabei darben den Massen. Die Kapitalisten und Unternehmer möchten ihre wirtschaftliche Herrschaft noch weiterhin ausdehnen und es macht ihnen nichts, wenn auf dem Schlachtfeld der Arbeit jährlich Zehntausende dahinsiechen oder vom vorzeitigen Tode überfallen werden.

Die Arbeiterorganisationen müssen um jede soziale Verbesserung einen Kampf führen, der die höchsten Anforderungen an die Opferwilligkeit und Solidarität des einzelnen stellt. Vom Staat aber, der doch dem Volksgangen dienen sollte, kommt nicht den Arbeitern die Hilfe, sondern die Unternehmer werden durch Gefes, Rechtsprechung und Polizei unterstützt in ihren kulturhemmenden Bestrebungen.

Wo sind da die christlichen Ideale der Menschen- und Brüderliebe? Wohl tönen wir in diesen Tagen in allen Kirchen das heiligen Weihnachtsevangelium, aber „da draußen“ wütet mitheilslos das kapitalistische System — angeknüpft durch die entmenschte Selbstliebe der organisierten Arbeiter.

Das Fest der Freude?

Sowohl, sie wurde allen Menschen verkündet, aber heute sind Hunderttausende aller Freuden bar. Sie leben in Not und Elend und wissen nicht, wohin sie ihre Haupt legen sollen. Wer aber hilft ihnen? Der Staat sträubt sich, hier einzugreifen, wie es seine Pflicht wäre. Die kapitalistische Gesellschaft nimmt die furchtbare Arbeitslosigkeit als ein notwendiges Uebel hin und das eigentliche Unternehmertum möchte sich gerade diese industrielle Reservearmee erhalten, damit die Organisierten mit ihren Forderungen in Schach gehalten werden können. Ist das christlich?

So waren es bislang einzig die Gewerkschaften, die Träger des Wortes wurden und sich nicht Genüge sein ließen mit Wünschen und Bittschriften, sondern sie haben der Brüderliebe ausdrücklichen Ausdruck verliehen.

Und sie haben sich — im erfreulichen Gegensatz zu der untätigen Regierung und dem wortreichen und tatenarmen Bürgerium — in diesem Jahre zu einem besonderen Akt menschlicher Solidarität vereinigt, um den hart bedrückten arbeitlosen Eltern, den unschuldigen Kindern eine Weihnachtsfreude zu machen.

Wer in diesen Weihnachtstagen das Glück hat, im Kreise seiner Lieben bescheidene Wünsche erfüllt zu sehen, im traulichen Kaminzimmer selbst einige Gaben auszuspielen und aus frohlichem Kindermund Festesjubil und Gesang zu hören, der mag wohl ein paar befehlige Minuten gewinnen und nachdenken über das Weihnachtsevangelium: „Siehe, ich verkündige Euch große Freude, die allem Volke widerfahren ist.“ Und er mag als organisierter Arbeiter das Recht für sich in Anspruch nehmen, Weihnachtsfreude zu empfinden über den engeren Familienkreis hinaus. Er arbeitet ja mit an dem Werk, das einmal die volle Menschenliebe auf Erden ermöglichen soll. Wer wollen Frieden und Freude für alle Menschenbrüder, und der Tag, da die finsternen Wintergewalten von dem durchbrechenden Licht der emporsteigenden Sonne überwunden werden, mag uns verheißungsvollen Ausblick geben für das baldige Erwachen in Natur und Menschheit.

Wohl erscheint dem täglich um des Leibes Notdurft und Nahrung Ringenden der finstere Wintertag des sozialen Elends gar zu lang. Wenn er die angehäuften Magazine und Warenhäuser sieht, wenn er den Weihnachtsstrund und die prächtigste Pracht mit ansehen muß, die einem „erlesenen“ Teil der Gesellschaft in diesen Tagen zur Verfügung steht, packt ihn wohl der Ingrimm. Aber gemacht: Die Sonne steigt! Wir sind am Werke und wollen empor zum Licht. Nichts wird auf die Dauer unsern Aufstieg hemmen können!

Wieder tönen die Glocken und läuten das Fest des Friedens und der Freude ein. Wir hören den Ruf, uns sagt er: Wir, die organisierten Arbeiter, sind heute die Träger des Friedens. Wir wollen weiter die Träger der hohen Lebensfreude aller Menschenbrüder werden.

Von der Herbsttagitation unserer Gauleiter.

II. (Zusatz.)

Gau Düsseldorf. Rühler und Schwarz, so hatte ich Rheinland-Westfalen im Gedächtnis, seit ich vor circa 10 Jahren zum letzten Male dort gewesen war. Welch angenehme Enttäuschung magte ich erleben! Es zeigte sich, daß trotz des Wiedereintritts in massenhaft Jastoren, wie es die sozialistische Schwereindustrie einerseits und die Arbeitervereinigende Industrie andererseits und die freigelegte Arbeitslosigkeit in wohl schmerzlicher, aber nicht aufzählender Weise sein. Die Lage der Arbeiterklasse schäufte in anderen Kreisen, das bekamen alle Versammlungen anzuzeigen. Das Thema: Die Arbeiterpolitik in den deutschen Stadtgemeinden und die holländischen Arbeiter" war Gegenstand, Besondere zu ziehen zwischen den Behörden in einzelnen Städte meines Landes und denen der holländischen. Wohl hätten die Versammlungen durchweg noch besser befähigt sein können, doch man muß die vorgezeichnete Jahreszeit (Ende September) und des unergieblichen Schwäche Wetter schon einrechnen als Entschuldigung gelten lassen. Es waren anwesend: Barmen 129, Düsseldorf 150, Elberfeld 183?, Köln 100, Kamen 99, Weisfeld 30, Essen 14, Dortmund 20. In Bonn war eine Versammlung geplant, wie konnten aber trotz aller Anstrengungen kein Lokal erhalten. Die holländische Sozialistische Organisations" rekrutieren schon seit langem die Distanz, andere Veranstaltungen zu meiden, ein anderes haben, das wir sie in die Defensive gedrängt haben, im letzten aber beschließen sie sich darauf, in ihrer Besinnung über und herzugeben und von uns und anderen Beiträgen Bilder zu entwerfen, die zur Wirklichkeit passen wie die Haut aufs Auge.

R. K. K. K.

Gau Hannover. Der erwartete Erfolg der Tagitation ist ausgefallen, da die Versammlungen meist nur den Organisatoren besetzt waren. In Hildesheim waren 37 Mitglieder anwesend, eine Diskussion fand nicht statt. Die Versammlung in Hannover war nur von 30 Personen besucht, hier lag wohl ein Versehen vor, indem nur Mitglieder geladen waren. Es fand eine sehr lebendige Diskussion statt, die nicht nur über die andere alte Sache vertrat, sondern auch zeigte, daß Hannover eine Reihe ausschärfender Schritte bedarf. Einen besseren Besuch zur Mitgliederzahl wies Braunschweig auf, und zwar 96. Es wurden zwei Resolutionsentwürfe gemacht. Braunschweig selbst zu den Städten, die noch sehr schwache Vereine und Arbeitervereinigungen haben. Die Ursache dafür liegt hauptsächlich an den Arbeitern selbst; es ist die Unkenntnis der Einheitsorganisationen Verbesserungen erreichen kann. Unmöglichkeit besteht in Göttingen, weil die Versammlungsbesuch leidet. Am Ende waren fünf Mann. Unter solchen Umständen wird die hiesige Stadtverwaltung den Arbeitern nicht entgegenkommen. Einen besseren Besuch wies Hildesheim auf 100 Mann. Die hiesigen Arbeiter haben jetzt in einer Vorbereitungsphase und es ist zu hoffen, daß sie Erfolg haben. C. D. D.

Gau Bremen. Hier waren nur drei Versammlungen festgesetzt. Die Versammlung am 11. November in Bremen beschaffte sich mit dem Thema: "Warum müssen sich die Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufen?" Sie war von 200 Personen besucht. Die anschließende Diskussion ging im Sinne des Referats dahin, daß die Entwicklung im Gewerkschaftswesen immer mehr zur Betriebsorganisation dränge. Man müsse namentlich mit aller Macht dahin streben, daß sich die hiesigen holländischen Arbeiter ohne Unterschied unterer Organisationen anschließen. In der am 12. November in Kattowitz und der am 13. November in Bremen erhalten tagenden öffentlichen Versammlung wurde referiert über: "Welche Lehren gehen wir aus den letzten wirtschaftlichen Kämpfen für unsere Organisation?" Beide Versammlungen waren von etwa 50 Mann besucht. In Kattowitz wurde eine Diskussion nicht bestritten. In Bremen haben beiderlei der selbigen Artens in der Diskussion noch einige am Lateinisch-fundene Strafen. R. K. K.

Gau Königsberg. In Elbing konnte eine Versammlung nicht abgehalten werden. Gut besucht, besonders von Nichtorganisierten, war die Versammlung am 9. November für Königsberg. Es waren gegen 500 holländische Arbeiter anwesend. In Tilsit betrug die Zahl der Versammlungsbesucher 23, in Danzig 19. In Braunsberg brachte die "Deutsche Rundschau" einige Tage vor der Versammlung eine Korz, die den "Stadttrat" einreden sollte, als "Sozialdemokrat" herangezogen und dem Magistrat einen Brief zu schreiben, die im Lokal zum "Schlachthaus" einberufene Versammlung in diesem Lokal, das der Stadt gehört, nicht zu dulden. Inzwischen wurde die Witte nach das Lokal. Ein zweites Lokal, das in Königsberg herangezogen wurde und uns schon bekannt war, wurden wir zum nicht benutzten. Der Brief wurde, die Witte nicht zu schreiben und wolle es nicht dulden. Auf der Versammlung wurde über den Inhalt und der nachstehende Bericht, wie es notwendig ist, die Diskussion über, desgleichen ein im Lokal, das über die Verhandlungsgang. Da etwa 60 Mann erschienen waren, so zeigen wir mit ihnen noch einem eine halbe

Stunde entfernten Lokal, wo wir endlich den Vortrag vom Stapel lassen konnten.

R. K. K.

Gau Magdeburg. Die Agitationsteat begann am 31. Oktober in Dessau. Die Versammlung war von 19 Mitgliedern und 2 Frauen besucht und nahm einen schönen Verlauf. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. In Köthen fanden sich am 1. November 12 Mitglieder zur Versammlung ein. Die Versammlung verlief gut. An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch der Stadtr. Gen. Sommer. Am 2. November vormittags versammelten sich die holländischen Arbeiter in Staßfurt in einer Anzahl von 13 Mitgliedern. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen auf die Organisationsfragen mit den Betriebsarbeitern hingewiesen und eine einheitliche Organisation als im Interesse der holländischen Arbeiter dringend bezeichnet. Die Versammlung in Aschersleben am 2. November nachmittags war von 26 Mitgliedern und 5 Frauen besucht. Die Versammlung nahm einen schönen Verlauf. Die holländischen Arbeiter in Zergerhausen versammelten sich am 3. November in einer Anzahl von 10 Mitgliedern und 5 Frauen. Es sprachen 6 Kollegen in der Diskussion im Sinne des Referats. Am 4. November erging der Ruf an die Kollegen in Nordhausen. Erschienen waren 12 Männer und 1 Frauen. Eine Aufnahme war zu verzeichnen. In der Versammlung in Wernigerode am 5. November erschienen 18 Mann. Es wurde ein Mitglied neu gewonnen. In Duedinghausen fanden sich am 6. November 21 holländische Arbeiter in der Versammlung ein. Das Ergebnis dieser interessanten Versammlung zeigte den Organisatoren. Die Versammlung am 7. November in Halberstadt konnte leider nicht abgehalten werden. Es erschienen nur 1 Mann, der erklärte, daß die holländischen holländischen Arbeiter durch Androhung der Entlassung von der Organisation ferngehalten werden. Von Magdeburg ist zu berichten, daß die von 100 Mann und 31 Frauen besuchte Versammlung einen guten Verlauf nahm. Resolutionsentwürfe waren 4 zu verzeichnen. Am 9. November vormittags erschienen in Stendal 11 Mann zur Versammlung. Einen guten Eindruck hinterließ die Versammlung in Wittenberge. 24 Mann und eine Frau erschienen. C. K. K.

Gau Straßburg. In der Zeit vom 16. bis 20. November d. J. wurde die Agitation in den Städten Straßburg, Karlsruhe, Gießen, Wiesbaden, Kassel, Solmar, Lorsch und Kallbrunn unternommen mit dem Thema: "Gemeindebetriebe und ihre Gegner". Die Versammlungen waren im allgemeinen gut besucht. Einige Resolutionsentwürfe waren zu verzeichnen. Einem guten Eindruck konnten sich die Städte Straßburg, Mannheim und Karlsruhe erfreuen, während die Versammlungen in den übrigen Städten mehr auf die Bodenfrage hielten, wo schon dieser Umstand einen besseren Versammlungsbesuch veranlaßt. Alle Versammlungen nahmen einen würdigen Verlauf. A. W. K.

Gau Stuttgart. In der Reichszentrale wurde begonnen. Am 21. Oktober hielten die Stuttgarter holländischen Arbeiter einen, wie groß ihre Versammlungsstärke ist. Der Versammlungsbesuch war aber nicht hervorragend. Einige Hundert hatten sich eingefunden und folgten aufmerksam den Ausführungen über: "Was fordern wir von Staat und Gemeinde als Arbeitsgeber?" Am 27. Oktober fand eine Versammlung in Reichenbach statt, die gut besucht war. Da diese beiden Versammlungen anlässlich der am 26. Oktober in Stuttgart stattfindenden Thakathenfeier arrangiert waren, fand die Vorbereitung erst am 8. November statt. In den nun folgenden Versammlungen lautete das Referat: "Die Eigenartigkeit kommunaler Betriebe und ihre Einwirkung auf andere Organisationen". Reutlingen machte den Anfang. Am folgenden Montag. Eine Stunde vor der Versammlung erschien der Vorsitzende der "Christen" und entschuldigte sich, daß er nicht kommen konnte. Interessant gestaltete sich die Diskussion. Verwundete es doch einer der anwesenden Christen, sie so brutal zu behandeln, als ob sie nur das Beste für die Arbeiter bezweckten. Nach der mittelmäßig besuchten Versammlung in Ulm und Göttingen ging es nach Gmünd. Hier war der Besuch am befriedigend. Göttingen zeigte sich wieder etwas besser. Der Besuch machte Heilbronn. Der Besuch muß als schlecht gelten. Dabei sind die holländischen Arbeiter dort auf organisiert, aber im Versammlungsbesuch herrscht eine unerklärliche Lähme. Den nächsten Tag wurde achtet sein, daß es nicht damit getan ist, daß man organisiert ist, sondern es ist auch Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, dem Versammlungsbesuch der Organisation Folge zu leisten. In den meisten Orten waren die Wahlen zu den Stadtverwaltungen vor der Tür bzw. erst vorüber und aufgedeckt und die Arbeiterklasse wählen. Die meisten fragten, daß sie fast gar nicht mehr nach Hause kämen. Wenn auch vor den vorgenannten Agitationsteat nicht erwartet werden darf, daß durch die Mitglieder in Massen gewonnen werden, so ist inwiefern die Nachschubfrage nicht zu verkennen. S. K. K.

In den beiden Gauen Brandenburg und Preußen können die Versammlungen erst nach Neujahr abgehalten werden, nachdem Berlin und Hamburg auf die Sondertagitation verzichtet haben. Möge nun jeder einzelne darauf sorgen, daß die Tagitation noch nachträglich gute Früchte bringt.

Der Berliner Magistrat im Krebsgang.

Mit Stolz, ach wie großem Stolz hat man sich am Anfang dieses Jahres im Berliner Rathaus gegenseitig versichert, welche bedeutende Tat die Bewilligung von einer Million Mark zum Zwecke der Lohnaufbesserung sei. Es soll dahingestellt bleiben, ob ein besonderer Anlag zu dieser Heidenpose vorhanden war. Das auf den einzelnen Arbeiter davon entfallende Miniaturstümchen und der völlig ungerichte Ausschluß großer Sparten von der Lohn-erhöhung sprechen entschieden dagegen. Aber wenn man sich schon die Zulage als einen Ausfluß sozialen Tatendranges anstrebte, so ist noch vor Ablauf des Jahres darin offenbar ein klaffendes **Kancko** eingetreten. Dem kleinen Schritt vorwärts, mit welchem in der Arbeiterpolitik das Jahr begonnen wurde, scheint ein Schritt rückwärts folgen zu sollen. Nach Art des Krebses will man sich rückwärts konzentrieren.

In den meisten städtischen Betrieben Berlins besteht bereits seit Jahren die auch in Privatbetrieben in erheblichem Umfange vorhandene Gepflogenheit, an Sonnabenden und den Tagen vor den hohen Feiertagen den Arbeitsschluß um eine oder ein paar Stunden früher eintreten zu lassen. Ueber die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme ist es überflüssig Worte zu verlieren; nur das mag festgehalten werden, daß gleichartige Bestimmungen bereits in

Zaristhären Eingang gefunden haben. Der Berliner Magistrat weiß davon sicher nichts; denn er geriet in helle Entrüstung, als ihm das Beschieben des gleichen Zustandes in städtischen Betrieben bekannt wurde. Flugs wurde ein **Ukase** erlassen, welcher folgenden Wortlaut hat:

„Magistrat der
Kgl. Haupt- u. Residenzstadt
Berlin.

Berlin, 7. Nov. 1913.

Die auf Grund unserer Verfügung vom 22. April dieses Jahres eingegangenen Berichte haben ergeben, daß bisher schon ein großer Teil der Verwaltungen ohne unsere Zustimmung eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Vorabenden des Weihnachts-, Ofter- und Pfingstfestes hat eintreten lassen. Zum Teil übersteigen diese Verfügungen bei weitem dasjenige, was in unserer Verfügung vom 22. April d. J. in Anregung gebracht war. Einzelne Verwaltungen sind sogar so weit gegangen, eine Arbeitszeitverkürzung unter Zahlung des vollen Lohnes an sämtlichen Sonnabenden eintreten zu lassen. Endlich hat sich auch bei einer Verwaltung der Fall herausgestellt, daß solcher Personen, welchen aus Gründen des Betriebes eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht hat eingeräumt werden können, für die betreffende Zeit ein Ueberstundenzuschlag mit 25 Proz. bewilligt worden ist.

Derartige willkürliche Festsetzungen können unter keinen Umständen von uns gebilligt werden. Es wird deshalb bestimmt, daß für die Folge an den Tagen vor den hohen Feiertagen, Weihnacht, Neujahr, Oftern, Pfingsten, eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde unter Fortzahlung des Lohnes gewährt wird. Soweit bereits auf Grund unserer Verfügung vom 22. April hierüber mitgeteilt worden ist, daß die Eigentümlichkeit des Betriebes eine solche Verkürzung nicht zuläßt, bedarf es eines weiteren Berichtes nicht, es bleibt vielmehr bei der bisherigen Arbeitszeit. Dagegen eruchen wir um Mitteilung, wo etwa aus Grund der besonderen Verhältnisse einer Verwaltung, welche bisher eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit zu gestanden hat, Schwierigkeiten aus unserer Anordnung entstehen und um Stellung entprechender Anträge. Jedenfalls bemerken wir aber schon jetzt, daß wir die Gewährung eines Ueberstundenzuschlages für diejenigen Betriebe, in denen die Verkürzung nicht

möglich ist, unter keinen Umständen billigen können und daß die Zahlung eines solchen Zuschlages dort, wo sie bisher stattfand, in Zukunft zu unterbleiben hat.

Demnach hat sich der Magistrat am 22. April bereits, wenige Tage also nach der Bewilligung der oben bezeichneten Lohnzulage, zu neuen Taten auf sozialen Gebiete entschlossen — und siehe da, es kam wieder mal ein Angriff auf bestehende Rechte dabei heraus. Wenn man in vorstehender Verfügung von „willkürlichen Festsetzungen“ spricht, so ist das — gelinde gesagt — ein großer Irrtum; denn einmal ist der frühere Arbeitsschluß an den Sonnabenden und den Tagen vor den hohen Feiertagen durch sein jährliches Bestehen ein Gewohnheitsrecht geworden, andererseits aber auch schon seit langem in verschiedenen Arbeitsordnungen festgelegt. Es kommt gar nicht darauf an, ob man das „unter keinen Umständen“ mehr „dulden“ will. Noch viel weniger kann die Rede davon sein, daß so ohne weiteres etwas anderes dekretiert wird, wie es der neue **Ukase** zu beabsichtigen scheint. Das ließe ja geradezu auf einen **Rechtsbruch** hinaus. Weiß der Magistrat nicht, daß er gesetzlich gebalten ist, vor Abänderung von Arbeitsordnungen und dergleichen zunächst die Arbeiterausschüsse zu befragen?! Oder war er sich gar bewußt, daß die letzteren ihm die

verdiente Antwort geben würden? Das Ersuchen an die Verwaltungen um „Stellung entprechender Anträge“, sofern „Schwierigkeiten aus unserer Anordnung entstehen“, läßt diesen Schluß jedenfalls zu. Und darin haben die Berliner **Katzen** richtig vermutet: die Arbeiterausschüsse lassen sich unter keinen Umständen ihre Rechte verkümmern.

Ebenso wird sich die Kollegenchaft selbst energisch zur Wehr setzen, wenn ihr durch einen Gewaltakt eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit aufgezwungen werden soll. Den ersten Schritt hat dazu bereits die Ortsverwaltung der Groß-Berliner **Miliale** getan. Nach Verständigung mit der sozialdemokratischen Fraktion sind **Kollege Buxth** und die Stadtverordneten **Sinke** und **Bolderfski** am Mittwoch, den 10. Dezember im

Mathause vorstellig gemorden. Stadtrat **Fischeck** erklärte dabei, daß eine Verschlechterung der Arbeitszeit nicht geplant sei; es werde nur eine allgemeine Vereinheitlichung des früheren Arbeitsjahres angestrebt. Die Verfügung vom 7. November diene zunächst dazu, die nötigen Unterlagen dafür zu bekommen.

Es bleibt also abzuwarten, wie die kommende Vereinheitlichung der allerdings sehr voneinander abweichenden Gewohnheiten in den verschiedenen Verwaltungen aussehen wird. An sich ist ja gegen eine solche nicht viel einzuwenden. Wie aber manche Betriebsleitungen schnell bei der Hand sind, den in dem Magistrats-**Ukase** bezeichneten Spuren ohne weiteres zu folgen, beweist die Tatsache, daß die Direktion des Krankenhauses am **Friedrichsbain** sowohl als auch die der städtischen Straßenbahn schon den früheren Arbeitsschluß am Weihnachtsfestabend hinwegdekretiert haben. Natürlich sind unverzüglich die nötigen Schritte dagegen unternommen worden. Es erhellt aber daraus, wohin die Fahrt geht, wenn die Kollegen sich nicht wie ein Mann gegen jeden Versuch der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen.

Es gilt, wachsam und auf der Hut zu sein!

Weißeglocken.

Ein Glodenhallen weht durchs Winterschweigen ...
Der kurze Tag schlich grämlich hin und trübe ...
Weiß gleißt das Flockenpolster auf den Zweigen,
Und salbungsvoll spricht man vom Fest der Liebe!

Durch viele Fenster strahlt ein Glanz von Netzen,
Und Kinderstimmen singen Lied um Lied,
Daß auch in deinem elendwunden Herzen
Ein Fünkeln Hoffnung schwach und zag erglüht ...

Ein Fünkeln nur! Zu viele Hände rasten!
Der Hunger peitscht, die dürre Not geht um:
Ein wilder Schrei nach Brot gellt heiser-trocken ...

Und abertausend Sorgen seh' ich lasten,
Die machen jede frohe Lippe stumm ...

Und jäh ersterben alle Weißeglocken ...

in.

Das Resultat unserer Forderungen in Ulm.

Im letzten Dezember wurde eine Delegation mit 10 Mitgliedern und einer weiteren Beauftragung von der Organisation an die Stadt Ulm geschickt, um die im Sommer 1913 erlassenen Gesetze zur Behandlung von den Gewerkschaften zu prüfen. Die Delegation wurde von den Gewerkschaften unterstützt, während nicht Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaften unterstützten. Die Delegation wurde von den Gewerkschaften unterstützt, während nicht Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaften unterstützten. Die Delegation wurde von den Gewerkschaften unterstützt, während nicht Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaften unterstützten.

Aus welchen Gründen man die hiesigen landwirtschaftlichen Arbeiter der Niederländerhofverwaltung von der Arbeitserordnung ausnimmt, ist schwer verständlich. Gilt denn in alle Eingeleit für diese Arbeiter nur die Gewerkschaft?

Die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit durch Verkürzung der Mittagspause um eine halbe Stunde durchgesetzt, gelang auch nicht. Die geforderte Verkürzung der Mittagspause um nur eine Viertelstunde genügt nicht, wenn der Arbeiter gleiche Bezahlung zur Wohnung zurückzahlen hat. Es ist aber schwer für den Betrieb, als auch für den Arbeiter von Vorteil, wenn er zu Mittag nur ein warmes Essen haben kann, weil er damit Geld spart und nicht leistungsfähiger bleibt, als bei nur kaltem Essen.

Die Entlohnung des das ganze Jahr sich gleichbleibenden Tagelohnes war außerdem auch zu viel verlangt. Darum man hier nicht auch einmal etwas in richtiger Sozialpolitik zu machen sich erlauben konnte, ist gleichfalls schwer verständlich, zumal sich gerade die Stadtverwaltung Ulm bei demselben etwas darauf zeigte hat, um diese praktisch unannehmbare Sozialpolitik zu ändern. Verlangt man aber einmal die Brücke aufs Fremde in den Eigenheiten der Stadt, so hat man alle möglichen Ausreden zur Hand. Man sollte doch auch auf dem Ulmer Kampfe wissen, daß ein Arbeiter mit 4 Bf. Anfangslohnen, der sich nur alle zwei Jahre um 1 Bf. erholt, aber den Sommer keine Erparnisse machen kann, mit Hilfe deren er über den Winter einen kleinen Ausbeutungsbeitrag in der Lage ist. Wenn man das bald im Winter dem Tagelohnen einen halben bis einen ganzen Bruttoeinkommen in Bezug bringt und wenn solches Wetter eintritt, auch diese Art in der Besetzung steht, so bedarf es keines weiteren Zuschnittes, um ja dem Schicksal zu kommen, daß Not und Elend seine unerschütterten Geißel in der Verwaltung des städtischen Arbeiters sind. Doch man über von dem hiesigen Arbeiter eine geringere Arbeitsleistung verlangen, als er bei dem Fremdenunternehmer üblich ist, konnte bis jetzt nicht abzu werden, so, im Gegenteil wird mit Not und Recht die Verwaltung aufgefordert, daß man von anderen Stellen wesentlich höhere Gehältern als im Fabrikbetriebe verlangt.

Die volle Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Beiträge und desgleichen die Gewährung der vollen Differenz zwischen Lohn und Kranken- und Unfallversicherungsbeitrag in auch im Hinblick auf den den Tagelohn Sozialpolitische Verhältnisse zu viel verlangt. Die Arbeiter sind wenig mehr im Recht, wenn sie die Kräfte auf werfen. Warum man denn den Beamten und Intendanten an den Stellen den Lohn bezahlt und auch im Krankheitsfälle das Gehalt weiter bis zu sechs Monaten gewährt, wenn man dies bei

den so unendlich erkrankten Arbeitern nicht für nötig hielt? Bei manchen kleineren Betrieben in Württemberg, wie z. B. Höpfigen und Gmund, die einen wesentlich höheren Lohngehalt haben, wird die Ulm in den Schatten gestellt.

Trotz man dem Gewerkschaften auch häufig das Recht einräumt, seinen Angehörigen Arbeit zu bestimmen, ist als etwas Selbstverständliches zu betrachten. Es war in den letzten vier Jahren auch ein eigenartiges Beispiel, wenn man einseitig den Arbeitern das Recht einer Bestimmung einräumt und dann der Gewerkschaften mit gewählten Vertretern einen Beauftragten in die Reihen eines Individuellen Beauftragten wählt. Das ist denn doch ja komisch. Doch bei der letzten Arbeiterauswahlwahl die Arbeiter einander weigerte Jettel zu geben und aber, daß die gewählten Vertreter sofort wieder ihre Mandate niederlegten, war daher nach Lage der Sache verständlich. Unter solchen Umständen wundern es auch nicht, daß man die von den Gewerkschaften gewünschte Forderung eines Organisationsbeitrages zu den Arbeiterauswahlgewahlen nicht ablehnte. Warum man nicht in Eßlingen, Heimbach oder Gerdlingen in Anspruch hat, wie sich dort die Mitarbeit eines Organisationsbeitrages in der Arbeiterauswahlwahl bewährt habe, ist unverständlich.

Hoffentlich werden die notwendigen Reformen zu dem Arbeiterauswahlwahl möglichst bald anerkannt, damit die Rechte der arbeitenden Klassen aufrecht erhalten werden kann. In der Versammlung vom 6. Dezember brachte der Referent, Kollege Althaus, diese Punkte zur Sprache. Auch in der Diskussion kam das Problem eines solchen arbeitserhöhenden Arbeiterauswahlwahl mehrmals recht deutlich zum Ausdruck. Befriedigt hat der Verlauf und das Resultat der Bewegung gewiß wenige hiesige Arbeiter. Diese Anschauung fand auch ihren Ausdruck in der nachfolgenden, einstimmig beschlossenen Resolution:

„Die am 6. Dezember 1913 im „Höppig“ in Ulm stattfindende Versammlung der Gewerkschaften nimmt Kenntnis von der teilweise Erfüllung ihrer Forderungen betr. Erhöhung der Löhne hiesiger Gewerkschaften durch die Verkürzung der Arbeitszeit durch Verkürzung der Mittagspause um eine Viertelstunde. Die Versammlung erachtet aber die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung als ungenügend. Die noch nicht erhaltene vollständige alljährliche Lohnsteigerung in eine absolute Lohnsteigerung um die jährlich mindestens um denselben Betrag eintretende Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse wieder auszugleichen. Die Entlassung des Rechts der Wahl des Arbeiterauswahlwahlgeleitenden durch die Arbeiter zu verhindern die Arbeiter, indem in dies um so weniger der Fall sein sollte, als die Gewerkschaften eine Organisationsbeitrages zu den Gewerkschaften des Ausbeutungs und erachten es daher die Bestimmung für notwendig, diese Forderung mit aller Entschiedenheit weiter anzuführen. Die Versammlung wird durch die Bestimmungen beauftragt, umgeben des Nötigen zu befehlen, daß die Reform des Arbeiterauswahlwahl in möglichst kurzester Frist erfolgen kann. Die Versammlung verspricht, die ganze Kraft einzusetzen, um die der Organisation noch fernstehenden Gewerkschaften derselben zu unterstützen. Damit man ihnen Hilfe die bis jetzt den Gewerkschaften der Stadt Ulm noch vorzuziehenden notwendigen Verbesserungen und Entlohnungen sozialer Natur durchzusetzen werden können.“ A.

Wahrhaftig, es ist nicht unsere Meinung, daß diese Unordnung in der menschlichen Gesellschaft eine ewige Gottesordnung wäre, über die hinaus das Jenseits zu besseren Verhältnissen erheben könnte. Das kann keine Gottesordnung sein, daß Kinder in diese Welt gesetzt werden, die durch die ganzen Umstände dazu verurteilt sind, an die Lebensgenüsse niemals heranzukommen. Es kann keine Gottesordnung sein, daß neben den sich immer mehr häufenden Kapitalisten eine große Zahl von Menschen nicht einmal das Existenzminimum für sich und die Ihrigen hat. Es ist keine ewige Gottesordnung, die sich in diesen geschichtlichen Verhältnissen zeigt, sondern das ist ein ganz niedrige Menschenordnung, geboren aus gemeiner Selbstsucht. Es ist eine niedrige Menschenordnung, gegen die ein evangelisches und sozial empfindender Mensch mit seinem ganzen Herzen und Triebe anzukämpfen verpflichtet ist. In diesem Sinne glauben wir daran, daß es einen Fortschritt gibt in der Gerechtigkeit und in der Liebe auf Erden, und daß es eine heilige Pflicht gibt, sich einzustellen in die Reihen derer, die vorwärtsdrängen, diesem Ziel entgegen.

Ernstheer Baumgarten

Die Gelben.

Unter schweizerischen Bundesgenossen, bringt in seiner Dezembernummer eine treffliche Charakteristik der „Gelben“, die wir in nachfolgendem wiedergeben:

Da die gelbe Farbe in allen Spielarten in neuesten Zeiten so in Aufschwung gekommen ist und auch der hohen und niedrigen Berufenen der Staats- und Gemeindegewerbeten gar nicht ungenutzt gelassen werden soll, dürfte es vielleicht angezeigt erscheinen, einmal ein Spiegelbild solcher, von der Gelbfarbe Befallener, zu geben. Dabei ist zum Vornehmen zu sagen, daß es Gelbe gegeben hat, bevor die heutige Arbeiterbewegung bestand. Die Gelbfarbe ist und bleibt in der Hauptsache eine Charaktereigenschaft.

Schon in der Familie, und heilige Prozesse außer den Eltern nur noch aus zwei Kindern, kann die Gelbfarbe unter Umständen zur Linneise treiben. Sobald eines der Kleinen sieht, daß es zum Beispiel durch Bestrafen des anderen einen Vorteil erlangen kann, dann nennt dieser nur im Vorübergehen, da die aber ein Brause; du machst solche Sachen nicht, sondern sagst es der Mama, wenn der Herr Ungeduldige begehrt, liegt, wird es diesen Weg, der die Ursache der Gelbfarbe darstellt, mit Vorliebe betreten.

In der Kleinkinder- und endlich in der Volksschule wird dann natürlich das „Müßliche Spiel“ weiter getrieben, und schon muß der Erfolg in dem besten Falle geringfügig sein. Die Jugend wird begierig das „bedorche und bene“ ersehnt, welche zwei Worte allein den Weg zum Glück ebnen. Für eigenartige Naturen ist es schon kein Weg. So kommt die Redegabe. Diese wird vielfach zur Gelbfarbe hinzugefügt, indem sie nicht eigentlich zum Helfen dient. Gar bald hat es der angehende „Stroh“ heraus, daß er am besten fährt, wenn er dem Reicher und den „Mittlern“ am besten frucht. Dem Unternehmern in Kleinem betreiben, auch der Frau Fräulein, besinnst er dem Tun und Lassen der „Gelben“, und diese bittmüßig macht er durch wieder oder von gar nicht bedingte Wiedergabe der Bemerkungen der Reicherleute über. Und doch ist in solchen Fällen nicht immer ausgesprochen böser Wille, sondern jenseit das Bestreben, mit den Toren ein gutes Verhältnis zu pflegen, die Ursache. Doch gibt es auch unter den gewöhnlichen Naturmenschen Naturen, die schon beim Beginn der Lehrgang ganz genau wissen, was sie wollen, aber sich zum Reicher halten und dann nur zu oft mit 30 Jahren Vertrauensstellen bekleiden, die sie natürlich nicht durch ihre tatsächlichen Fähigkeiten, sondern durch ihre dinstlicher und Ansehensjünglingsdienste ergattert haben. Geht man zur Reize der jungen Arbeiter über.

Für die Gelbfarbe in erster Linie sind hier Berufsgenossen anzusehen, die im Rahmen von der Organisation nach anderen Toren kommen und bei denen es besonders nicht selten auch nicht der Reicher besetzt. Aber auch Arbeiter, die nach auf dem bloßen Montag haben, bringt dann der Reicher mit dem Namenen ganz zur Reize und der durch den Reicher Genossen besetzt.

stimmten Frage: Werde ich noch zur Arbeit zugelassen? gar zu gern auf gelbe Abwege. Dann spielen auch nationale Eigenschaften, wie: der Schwabe oder ein sonstiger Ausländer sei nur zuzulassen beim Meister gelitten, weil es ein geländiges Handwerk habe, eine große Rolle. Darum geht man nicht zur Gewerkschaft, sondern wird — gelb. Wieder andere, die früher für die Gewerkschaftsorganisation nicht genug tun konnten, werden vielleicht zu Vorarbeitern oder Reicher befördert, und von dabei nicht dann ihre auf einmal aufgetauchte Gelbfarbe für die Farbe des Senfes. „I wott so de Gewerkschaft und so de Reicher müß me müße; ich bleibe für mich!“ „Ich will von der Gewerkschaft oder von der Reicher nicht mehr wissen; ich bleibe für mich!“ tönt es nur zu oft von einem solchen Charaktereigenschaft. Eine andere Gattung Gelbfarbe erweist wieder doch die Sache anscheinend verurteilt schon an: Gelb ist nicht anders, so macht man als Gewerkschaftler mit; nimmt man dann anderseits eine sogenannte Reicherstelle ein, so gibt man am neuen Ort ganz einfach sein Verbandbuch nicht mehr ab. So braucht man nicht auszureiten und ist seine ehemaligen Kameraden doch glücklich los. Am gefährlichsten sind ohne allen Zweifel jene Gelben, die nach dem Grundprinzip, daß Gelbe und Spitz die gewaltigsten Erbschaften der Menschheit sind, etwa schon in der Jugend von den Gegnern nicht schlecht behandelt oder denen später wesentlich oder unwesentlich Unrecht geschehen ist. Die können dann natürlich kein höheres Ziel, als die Organisation auf Leben und Tod zu betreiben. Der Kostümreicht hat er seinen endlich noch jene Gelben erachtet, denen vorgerichtet ältere ihre Seiten auf den ersten, hoffnungslossten Ton gestimmt hat: Arbeit um jeden Preis, mit dem letzten Wut auf ein in das Unglück zum Sterben!

Welche Worte ergriff ich nun auch für den Staats- und Gemeindegewerbeten aus dieser schier unbegreiflichen Darstellung all der Feinde der Organisation, und zwar nur auf einer Seite der Arbeitererschaft, von den nach der Konfession getrennten gar nicht zu reden! Da ist denn in erster Linie zu sagen, daß man die höchsten Lehrgänge der Weisen, bei denen ja das Hören und Raiz verloren ist, einfach links liegen lassen soll. Bei den Jüngeren kann man es ja versuchen, ob sie der Belehrung und Aufklärung zugänglich sind; ist auch da der Liebe Mut angesetzt, sollen auch diese als Laie behandelt werden. Der Jugend aber gewährt die Zufuhr! Darum dürfen wir die Erziehung der Jugendmannschaft zu modernen, gelblichen Gewerkschaften nie und nimmer vernachlässigen, sondern müssen sie nachdrücklich in die Hand nehmen. Geben wir dem kommenden Volkstisch durch unser eigenes Verhalten, durch wahrhaftig erachteten Verhältnisse an der Arbeitstelle und in der Gewerkschaft, durch Strenge und Unterweisung der beruflich Schwachen, Aufklärung der Toren und Ermunterung der Unmüßigen ein leuchtendes Beispiel, dann braucht uns ob unserer Feinde wohl nicht bangen zu sein.

Die Welt muß doch einst uns gehören!

Weihnachtspredigt eines schweizerischen Pfarrers.

(Wiedr von v. K. a. g. 3, Pfarrer und Professor der Theologie an der Universität Zürich.)



Die Christenheit feiert heute ein durch und durch sozialistisches Fest. Eine merkwürdige Tatsache! Aber, noch merkwürdiger ist, daß gerade die sozialistische Arbeitererschaft es nur mit halbem Herzen mitfeiert, wenn sie nicht gar mit stillem Ingrimm darauf blickt. Man sollte ja freilich meinen, es könne für einen Menschen, der die Hoffnung des Sozialismus im Herzen trägt, keine freudigere Kunde geben, als die Weihnachtsverkündigung von einem Reich Gottes und des Menschen auf Erden.

Aber wenn wir mit dieser Verkündigung im Herzen in die heutige Welt blicken, schlagt dann nicht die Freude in Hohn und Jörn um? Ist dieses Weihnachtsglück mehr als eine Selbsttäuschung? Ist nicht all dies festliche Treiben eine Komödie? Hat denn die Christenheit im Sinne, mit dieser Weihnachtsbotschaft Ernst zu machen? Ist nicht, wenn die Lichter vom Christbaum erlöschen sind, die Welt genau, wie vorher? Nicht eine Welt der Menschlichkeit und Güte, nicht eine Welt, wo der Schwache mit besonderer Sorgfalt gehütet wird, sondern eine Welt von Raub und Kampf und Brutalität: eine Welt des gestrigen und materiellen Kampfes bis aufs Meißel, eine Welt, da nur der Reiche und Gewaltige sich behauptet, und wer da fällt, vertrieben wird? Wird nicht morgen wieder verleumdet, ausgebeutet, gemordet werden?

Und beleuchtet nicht das Weihnachtsfest besonders grell das soziale Unrecht? Da stehen vor den Schuppenstern, die soziale Schwächlichen zum Verkauf anbieten, Männer und Frauen und Kinder, aus deren Augen der Hunger schaut, die von dem Aufwand einer herrschaftlichen Tafel einige Wochen leben konnten. Die arme Frau, die kein Kleid besitzt, mit dem sie in die Kirche gehen konnte, sie blickt auf den türkischen Schal, der die Weihnachtsfreude einer müßiggewandenen Dame sein wird, während sie selbst mit der Stumme, die er kostete, einige Jahre sich recht kleiden konnte.

Gerade um Weihnachten plagt die Last des Hauszinses ungezählte Familien am schwersten, gerade um Weihnachten stehen sie fast am Rande der Verzweiflung, weil die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt werden können, gerade um Weihnachten klagt die schlimmste Ausgeburt der sozialen Ungerechtigkeit: die Arbeitslosigkeit, ihre furchtbare Geißel über Millionen und verdrängt sie mitten in einer christlichen Welt in banger Angst um die Existenz.

Und so ist es dann gerade das Weihnachtsfest, das Fest der Verkündigung durch die Liebe, das Fest geistigen göttlichen Menschentums, das uns den unverbildeten und unmenschlichen Zustand unserer Gesellschaft deutlicher und krasser vor Augen stellt, als wir sonst ihn sehen.

Darum ist nicht leichter zu begreifen, als wenn ein Charaktervoller und leidenschaftlicher Mensch gegen einen Schwärmer da wäre er ihn nennt die Faust heilt, sich in sein Gemüthen einwärts (wenn er eins hat, um vor Weihnachtsliedern und -serzen un-

Die F. P. S. und die Gewerkschaften.

Im „Dienstag“ (Koblenz), dem Organ der F. P. S., ist die Behauptung ausgesprochen worden, daß es auf einer Konferenz, die am 21. Oktober d. J. in Frankfurt tagte, im Namen der Generalkommission erklärt worden soll, die Gewerkschaftsfunktionäre sollten sich den politischen Parteien anschließen und in deren Sinne arbeiten. Bei dem nicht nur, der sich außerhalb des Organisationszentrums und daher die wesentlichen Konsequenzen zu erwarten.

Diese mit unerschütterlichen Ausführungen werden vom Vorstand der F. P. S. zu einer Rede lesen die gewerkschaftlichen Zentralverbände und die Beschlüsse für die Notwendigkeit der Gründung politisch-organisatorischer Gewerkschaften beantragt.

Die Beschlüsse kamen in dem in Nr. 48 des „Vorr.“ vom 21. November veröffentlichten Artikel „Auf dem Wege zum Separatismus“ bereits bekannt, ist es mir natürlich gar nicht einfallen, Äußerungen der von der F. P. S. beantragten Art zu machen, ich habe vielmehr das Gegenteil gesagt, nämlich:

„Der der beständige Streit zwischen der F. P. S. und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Gewerkschaften eigentlich nichts anginge, es bedürfte aber die Ursache, daß dieser Streit auch in die Gewerkschaften hineingetragen werde. Die Gewerkschaftsfunktionäre seien hier eben zu einem erheblichen Teil auch Parteigenossen. Durch die von der F. P. S. behauptete persönliche Kampfbahn werde die Grenze nach getilgt. Würde der Staat und Staat in die Gewerkschaftsangelegenheiten hineingetragen, so könne von einer erfolgreichen Forderung der Gewerkschaften keine Rede sein. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten diesem trotz darauf achten, daß diese Einseitigkeit in das Gewerkschaftsverständnis vernachlässigt werden. Welche es hat notwendig, Verhandlungen gegen einzelne Gewerkschaftsangelegenheiten zu vermeiden, so solle dies mit möglichst wenig geschähen, im übrigen aber solle man sich darauf beschränken, gewerkschaftliche Forderungen zu vertreten und eine einheitliche gewerkschaftliche Agitation zu betreiben.“

Wenn dies ich darauf an, daß in anderen gewerkschaftlichen Zentralverbänden demokratische Diktatorien nicht werden müßten, wenn die Gewerkschaften wirklich kampfbahn sein wollten. Diejenigen Gewerkschaften, die Kampfbahnen seien, hätten also in erster Linie die Pflicht, Beschlüsse der Parteitage zu befolgen.

Als dann einige Zeit später drei Mitglieder der F. P. S., die Anwälte des Gewerkschaftsverbandes sind, ihren Ausspruch aus der F. P. S. mit einer ganz anderen Begründung erklärten, heißt die „Dienstag“ (Koblenz) die Behauptung auf, die drei Genossen seien durch die Aussagen, die ich in jener Konferenz ausgesprochen habe, zum Austritt veranlaßt worden. Meinem Ausstellungen soll ja entnehmen werden kann: „Wacht Ihr nicht wachend für die deutschen Gewerkschaften, denn werden wir Euch ins Gericht stellen.“ Wenn der Austritt und die Erklärungen seien gekommen unter dem Titel auf „La Motta“.

Am 7. November fragte der Vorstand der F. P. S. bei der Generalkommission an, welche Stellung sie zu den mir unterzeichneten Äußerungen einnehme. Zu derselben Zeit, nämlich bereits am 7. November, brachte aber der „Dienstag“ (Koblenz) einen Leitartikel, überschrieben: „Im Namen der Generalkommission“. In diesem Artikel wird es als leitende Tatsache bezeichnet, daß ich in dem einigungs-übergebenen Sinne mich geäußert hätte und zum Schluß ausgeführt:

„Sie sollen sein, daß die Genossen Rigmann, Gepernik und Danisch die Konsequenzen auf Befehl des Genossen Bauer im Namen der Generalkommission“ gezogen haben. Wir werden diese nach unserem Vorwissen kritisch prüfen und deshalb bitten die andere Genossen, abzuwarten mit kaltem Blute und Ruhe die Erträge — der politischen Propaganda der Funktionäre der Zentralverbände.“

Aus diesem Artikel ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Anfrage an die Generalkommission ja nur als eine Form betrachtet werden ist und nicht ernst gemeint war. Ohne eine Erklärung zu erwarten, wurde zu einem Zeitpunkt, als eine Antwort noch nicht eingetroffen sein konnte, in gewissenloser Weise die Verabstaltung der politischen Gewerkschaftsfunktionäre betreiben. Angesichts eines solchen Verfahrens erwirgt sich natürlich die Bedeutung der Anfrage des Vorstandes der F. P. S. durch die Generalkommission.

Daß der Vorstand der F. P. S. seit langer Zeit systematisch darauf hinarbeitet, besondere politisch-sozialistische Gewerkschaften zu gründen, um dadurch der F. P. S. eine größere Lebensfähigkeit zu geben, ist allen Kennern der Bewegung längst bekannt. Der Genosse Gepernik hat in dem bereits von mir erwähnten Artikel den Beweis dafür erbracht.

Der Vorstand der F. P. S. glaubt sicher selbst nicht daran, daß die Genossen Rigmann, Gepernik und Danisch infolge Druckungen mehrerorts aus der F. P. S. ausgetreten sind. Er weiß ja genau, daß nicht ich oder die Generalkommission, sondern der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes, der Anstellung und Entlassung seiner Beamten enthielt und daß die Generalkommission auf diese Dinge gar keinen Einfluß hat. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat aber nie einen Zweifel darüber entstehen lassen, daß er seinen Funktionären keine Verbindungen über die Angehörigen zu einer politischen Partei macht. Wenn es um das Gewerkschaftlichen Zentralverbänden nach wie ein Mittel gegen seiner politischen Betätigung ausgesprochen werden. Alles das wissen die F. P. S. Leute sehr gut. Sie schämten aber mit ihrem Gedächtnis, weil es ihren separatistischen Zwecken dienlich scheint.

Berlin, 10. Dezember 1913.

G. Bauer.

heilig zu sein, wenn er nichts hören mag vom Christkind in der Krippe, vom Stern auf Bethlehem und den Hirten auf dem Felde, sondern seinen Ranz und Kavalie vornimmt und das starke Lied von der kommenden Revolution unserer Gesellschaftsordnung durch den Kampf der Arbeiterklasse durch seine Seele rauchen läßt. Was sollen ihm überhaupt diese alten Geschichten? Es ist ja doch nichts damit!

Jesus ist der Anfang einer neuen Menschheit, einer Menschheit, wo wirklich der Mensch gilt, der Mensch als solcher, nicht bloß der Grieche oder Römer, nicht bloß der schöne, gebildete, aristokratische Mensch, sondern jeder Mensch, und zwar gerade der schwache und äußerlich geringe Mensch. Menschlich sollen die Ordnungen sein, die diese neue Welt requiren, die mit Jesus erscheint, nicht Ordnungen der Gewalt und Ausbeutung, sondern Ordnungen der Gerechtigkeit und Güte. Darum heißt er mit Recht der Menschensohn: das Reich der Menschen will er bringen.

Will der Sozialismus nicht das gleiche?

Ist Weihnachten denn nicht ein sozialistisches Fest im tiefsten Sinne des Wortes?

Ist also nicht der Protest gegen Not, Unrecht, Lüge auch eine Weihnachtsfeier?

Wachhändig, der, dem Weihnachten gilt, ist selbst der stärkste Protest dagegen, er ist der Protest, der der Weltgeschichte eine andere Wendung gegeben hat und sie fortwährend am tiefsten bewegt. Dein Protest gegen das christliche Weihnachten, mein Freund,

ist nur ein Aind seines Protestes — er protestiert mit Dir auch gegen das Weihnachten, das Du häßest.

Aber beim bloßen Proteste braucht es trotzdem nicht zu bleiben...

Dieses Fest hat offenbar nicht bloß den phantastischen Sinn, den der gewöhnliche Bürger hineinlegt, es hat auch nicht den Sinn, den die Kirchen meistens hineinlegen, ihre eigene Hosianna nicht recht verstehend — nein, kein Sinn ist tiefer, kühner, revolutionärer, moderner: es will die neue Welt darstellen, die in Jesus erschienen, die Weltwende, die durch ihn herbeigeführt worden ist. Die alten Weihnachts-geschichten, mit denen so viele nichts mehr anzufangen wissen, sind von diesem Punkte aus zu verstehen. Es kommt so gar nicht darauf an, ob sie sich in wörtlicher Beschaulichkeit ereignet haben oder nicht. Wir dürfen sie ruhig als fromme Dichtung ansehen... Es sind durch Jesus, um mit Nietzsche zu reden, alle Werte umgemert worden. Er hat, was vorher groß war, klein gemacht und was vorher klein, groß gemacht. Er hat der Menschheit neue, höchste Ziele aufgedeckt und ihr eine unbegreifbare Sehnsucht nach einem Tag vollkommenen Heils und Lebens ins Herz gegossen. Er hat den Geist der Erde in die Welt gebracht, ihn aber verbunden mit menschlichem Heldentum; denn Jesus ist gar nicht süßer Friedensprediger gewesen, als den ihn viele sich vorstellen. Er hat des Menschen göttliches Wesen ins Licht gestellt, alles Menschentum mit Heiligkeit bekleidet, einen Geist tiefen Ernstes, strengeren Verant-wortlichkeit, allumfassender Solidarität ins Menschengefühl gepflanzt.

Jesus hat dem Aind seine Tiefe, der Frau ihre Würde, dem Mann die Vergeistigung seiner Kraft gegeben; er hat die Ehrfurcht

Aus Politik und Volkswirtschaft

Vom Reichstag.

9. bis 12. Dezember 1913.

Die dritte und letzte Parlamentswoche vor Weihnachten brachte endlich die erste Lesung des Reichshaushaltssetats für 1914/15. Aber sie war vielfach durch kürzere Beratungen anderer Angelegenheiten unterbrochen. So wurde zum Beispiel über die Besichtigung der Weltausstellung in San Francisco 1915 verhandelt; zwei Drittel des Reichstags nämlich regte Beteiligung Deutschlands und deutscher Industrie in ihr, die Reichsregierung und ein Teil des deutschen Unternehmertums hielt wärend dazu. Die Beratung ging aus wie das Hornberger Schießen. Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, weil man allgemein einigte, daß zur Vorbereitung einer würdigen Ausstellung in den noch verbleibenden fünfzig Jahren keine ausreichende Zeit mehr ist. Auch kleine Anfragen aller Art, die die Regierung beantwortete, hoben sich in die Staatsberatung ein. Darunter eine, die das arbeitende Volk auf das lebhafteste interessierte: die Sozialdemokratie fragte an, ob die Erlaubnis der Einfuhr billigen russischen Fleisches auch nach dem 1. April 1914 von der Regierung erteilt werden würde. Die Regierung antwortete mit einem klippigen klaren Nein. Der Wille der Kaiserliche entschied nach in diesem Falle gegen das Interesse des Arbeiters, nicht schwer hermachenden Volkes. Schließlich wurde nach noch eine zwischen 40 Staaten der Welt getrafene Abvereinbarung über gemeinsame Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber vom Reichstag eine diese Worte machnehmen. Auf diesem sonstigen Gebiete haben sich die Vorschläge internationaler Bekämpfervereinigung zum Nutzen der Völker längst durchgesetzt - warum nicht auch auf anderen mindestens ebenso wichtigen Gebieten, zum Beispiel der Nahrungsmittelversorgung, der Abreitung und der Arbeiterduldungsgebung?

Die Staatsdebatte vollzog sich noch überwiegend unter dem Eindruck der Jänner-Debatten der vorhergegangenen Woche. Immer wieder und wieder griffen die Redner aller Parteien, ebenso der Reichstagsler auf sie zurück. Gleich der erste Redner von allen, der Sozialdemokrat Scheidemann, stellte sie in sein Mittelpunkt seiner Rede und verlangte vom Reichstagsler, daß er, wie die Minister anderer Länder das alle in solcher Lage tun, die Menschen aus dem ihm erteilten überwältigenden Verantwortungsbereich ziehen und auf seinen Reichstagslerworten verzichten. Die Rede wurde aber in bezug auf diese Forderung von den anwesenden Parteien im Stich gelassen, und heimlich lachend erwiderte der Reichstagsler darauf hin, er denke gar nicht daran, einen eines solchen „bedauerlichen“ Kontraktvertrags seine Ent-

lassung zu nehmen. Er glaubte infolge dieser eingetretenen Isolierung der Sozialdemokratie so völlig Oberwasser und die Freundschaft aller bürgerlichen Parteien wieder so sehr gewonnen zu haben, daß er es wagte, den Spieß umzudrehen und gegen die „revolutionäre“ Sozialdemokratie eine Attacke zu retten. Aber die bürgerlichen Parteien zittern da doch nicht mit, lassen ihn schweigend allein, und so ist, wenn sie auch in der Auslegung des Mißtrauensvotums nicht so weit gehen wie die Sozialdemokraten, nach wie vor ein harter Riß zwischen dem Reichstagsler und der arbeitenden Mehrheit des Reichstags da, der nach Neujahr möglicherweise neue Wirkungen auslösen wird.

Neben Javern war es die Frage des Arbeitswillens, die in der Staatsdebatte die Hauptrolle spielte. Die Ministeranden, ein kleiner Teil des Zentrums und die Hälfte der Nationalisten verlangten seine „Berichtigung“, wie sie sich ausdrücken, aus keinem andern Grunde, als dem sozialistischen: der Arbeiterklasse, das ökonomischen in Händen und Füßen geknebelt ist, gänzlich den Wortsatz zu machen. Die Sozialdemokratie konnte sich und hemmt sich auch in dieser Debatte wieder auf das leidenschaftlichste gegen dieses Verlangen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, in die schließlich auch der Reichstagsler eingriff. Er redete sehr diplomatisch zur Sache. Er wies, daß, wenn Ausnahmegesetze verlangt werden, dieser Reichstag schwerlich dafür zu haben ist. Auch in Sachen eines Ausnahmegesetzes gegen das Wahlrecht der Arbeiter hat die Erste die Mehrheit. Aber in seinem Herzen ist der Reichstagsler, wie das der Sozialdemokrat David überzeugend nachweis, auf Seiten der Kontraktäre. So vertritt er diesen, das Möglichste, was erreichbar ist, zu tun. Es soll Material über Straftatbestände und ähnliche Ausdehnungen gesammelt und dann die Strafbestimmungen des neuen Strafrechts bearbeitet werden. Kein Ausnahmegesetz also, sondern Verschlimmerung des allgemeinen Rechts - das ist der Weg, auf dem man das Arbeiterwahlrecht zu Fall bringen oder doch wenigstens entmannen und wertlos für die Arbeiter machen will. Die Arbeiter sagen also allen Grund, diese entfalteten neuen Schritte der Regierung im Auge zu behalten und in jedem Augenblick zur Abwehr eines Antritts auf ihre wertvollste Waffe im Klassenkampf bereit zu sein.

Die Verhandlungen der Woche schlossen mit einer erregten Diskussion zwischen der Sozialdemokratie einerseits und der Regierung andererseits darüber, daß letztere die Sozialdemokratie aus der sogenannten Krappkommission hinaus mandatiert hatte, wie viele meinen, um zu verhindern, daß es der durch die Kronwalderprozesse wegen Bestechung so arg blutig gestellten Firma Krapp noch mehr als bisher an den Werten gehe. Zu diesem Zwecke hatte die Regierung der Sozialdemokratie es rundweg angeschlossen, den Mandatierten Verweh-

vor allem, was unten ist, vor allem, was arm, schwach und unglücklich ist, gelehrt und verkörpert und doch viel Herrlicheres von Menschenbestimmung und Menschengröße offenbar gemacht, als sonst immer. So ist er der Anranger einer neuen Menschheit geworden. Es liegt ein tiefer Sinn in der Tatsache, daß wir mit seiner Geburt eine neue Zeitrechnung beginnen. Sie bezeichnet eine neue Schöpfung.

Der Sozialismus aber ist, wenn wir auf seine stärksten und reinsten Triebkräfte achten, durchaus ein Teil der von Jesus eröffneten Bewegung. Er gehört durchaus zu der Welt, die in ihm erschienen ist; er ist ein Bestandteil seiner Botschaft. Der Sozialismus gleicht heute noch jenem Kinde, das in der Krippe liegt. Die neue Ordnung der menschlichen Dinge, die er vor Augen hat, ist auch noch in den Anfängen. - Wohl hat die Arbeiterbewegung eine Fülle von Erfolgen errungen, wohl darf sie auf ihre Macht vertrauen und ist nicht bloß auf die Wirkung der in der Welt vorhandenen Gerechtigkeit und Güte angewiesen. Aber der Sozialismus in seiner höchsten Form will nicht nur eine radikale Veränderung der ökonomischen Ordnung, er hat auch ein sittliches, ja man darf wohl sagen: ein religiöses Ideal. Er will einen neuen Welt. Er hat eine Ordnung der Menschenwelt im Sinn, wo nicht mehr die alten Instinkte, der Egoismus und die Ausbeutung regieren, sondern ein Geist gegenfettigen Dienens, ein Geist hoher, der Menschlichkeit. Er will auch die Beziehungen der Völker untereinander derartig umgestalten, daß der Krieg aufhören muß und das Friedensreich endlich kommt.

Wenn man das sozialistische Ideal so hoch stellt, dann bedarf es dafür eines großen Glaubens... Wo sind die Tatsachen, an denen wir diesen Glauben stärken?

Die stärkste Tatsache, die uns diesen Dienst leistet, bleibt doch für viele von uns die Erscheinung Christi. Wir können nicht anders, als glauben, daß die Welt, die in ihm hervortritt, Wahrheit ist... Dieser Gestalt, der einst das römische Reich erlegen ist, muß einst auch das ganze Reich der Gewalt erliegen. Wie der Cäsar einst von Christus besiegt wurde, so muß der unsichtbare Fürst, der der heutigen Welt, der Mächten, die Ungerechtigkeit, vor ihm vom Throne stürzen. Er steht als Richter über dieser Welt; er gibt ihr nicht Ruhe, bis sie sich verändert hat. Da das göttliche Kind in seiner Schwäche stärker ist als die größte Weltmacht, so ist das Reich des göttlichen Menschentums in seiner scheinbaren Ohnmacht doch die wahre Macht, der einst der Thron gehören wird.

Wir müssen es und werden froh, tief froh. Ja, schon angebrochen ist der Tag der Erlösung. Noch ist das neue Reich ein Kind, aber schon strahlt es Gottesglanz der Freiheit und der Freude aus. Es wird groß werden, wird kämpfen, leiden, sterben, auferstehen und herrschen! Selig alle, die es schauen; sie sind schon jetzt als Wartende, als Hoffende zugleich Besizende! Die Zukunft ist schon Gegenwart, die Erwartung Erfüllung!

So meine ich, hat Weihnachten auch den Sozialisten Großes zu sagen! So kommt es zu ihm mit großer Freude. - -

Aus unserer Bewegung

Augsburg. Unsere Arbeit hielt am 7. Dezember im „Brot- und Butter-Hof“ eine öffentliche Versammlung der städtischen Betriebskommission ab. Hierunter waren Gemeindevorstandmitglieder Inhofen und Kollmer. Der Vorsitz dieser Versammlung war ein guter. Die Ausführungen der beiden Redner, die sich eingehend im kurzen, aber sachlichen Wege mit der bestehenden Lage und der Betriebsüberwachungsordnung beschäftigten, wurden mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Resolution, da Gegner trotz Einladung nicht in der Versammlung erschienen waren.

Mittel. Am 5. Dezember fand bei Wittrod eine öffentliche Versammlung statt. Die Versammlung hierzu waren die noch immer unerledigten Forderungen der städtischen Arbeiter. Vollege Richter-Pommmer führte aus, daß es bei einem gemäßigten gütigen Willen sehr wohl möglich gewesen wäre, die Wünsche der Arbeiter zu erledigen. Rechnen wir dennoch die Entfaltung der Achtundachtzig für die Dienstreiter des Gaswerkes während des Winters. Zur Erledigung dieser Forderung bedarf es nachdrücklichster langwieriger Erwägungen und Bedenken. Immer mehr wird das Durchschnittsmaß auf den Gaswerken eingeführt und wo es beliebt, hat es sich seitens bewährt. Auch die hiesige Betriebsleitung des Gaswerkes kann aber die bereits in den Sommermonaten bestehende Arbeitsweise nicht nachdrücklich vorbringen. Es fehlt ansehnlich lediglich der guten Willen in der Stadtverwaltung, sonst hätte man die Achtundachtzig schon längst auch während der Wintermonate durchgeführt. Auch die Neuregelung der Arbeitsweise bedürfte keiner so langen Bedenken. Die jetzigen Lohnsätze sind völlig ungenügend und reichen nicht im entferntesten aus, eine Familie zu ernähren. Die außerordentlich hohe Zahl der erwerbsfähigen Frauen der städtischen Arbeiter beweist mehr als Worte, wie unzulänglich die jetzigen Lohnsätze sind. Wenn die Stadtverwaltung nicht bald die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt, dann scheidet auch der letzte Rest von Vertrauen zu dem guten Willen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die am 5. Dezember im Lokale des Herrn Wittrod zahlreich versammelten städtischen Arbeiter drücken ihr Bedauern darüber aus, daß die Stadtverwaltung bisher noch keine Zeit gefunden hat, die Forderungen der städtischen Arbeiter zu erledigen. Die Arbeiter verlangen schon bis zur Tausendjahrfeier die Erledigung ihrer Wünsche. Leider vergeblich. Und doch haben die Arbeiter trotz der außerordentlichen Erregung, die da herrscht, davon Abstand genommen, die Stadtverwaltung durch eine Arbeitsunterbrechung in diesen Tagen unannehmlichkeiten zu bereiten. Die Arbeiter haben dadurch der Öffentlichkeit den Beweis geliefert, daß sie gewillt sind, die Wünsche auf friedlichem Wege zu regeln. Leider hat man die städtischen Behörden der Arbeiter nicht gelohnt. Seit ist ein Frierelager seit der Einreichung der Forderungen vergangen, aber bis heute noch sind die Arbeiter im unklaren, ob und wie weit man den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen will. Die Versammelten beauftragen daher die Zeitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wenn in kürzester Zeit keine befriedigende Erledigung der Arbeiterwünsche erfolgen sollte, um bezüglich Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, den Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen.

Mittel. Seit längerer Zeit zirkulierte auf dem Straßenreinigungsbetrieb ein Gerücht, in dem die Arbeiter, die gewillt wären, einer Sterbefälle beizusetzen, aufgefordert wurden, sich in eine Liste eintragen. Beim Todesfall eines Mitgliedes oder dessen Ehefrau sollten 100 Mk. Beerdigung ausbezahlt werden. Zum 7. Dezember wurden die Arbeiter wiederum durch ein Auktoral, zur Tausch des zu entfallenden Beerdigungs in der „Garnison“ eingeladen. Als Entredner war ein Herr Redlich aus Rendsburg erschienen, der dort Vorsitzender einer gelben Organisation ist. Wahrscheinlich ist er einer von denen, die feineren die Lohnbewegung der Arbeiter der Carlshütte niederzuknallen wollen, weil er so sehr stolz darauf war, daß den Arbeitern die Löhne der Arbeit noch heute verdröhnen sind! Als für die neue Vereinsgründung der Name „Nationaler Verein der städtischen Arbeiter Mittel“ gewählt werden sollte, da wollten die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sofort, bei welcher Gelegenheit sie Rat haben sollten. Als Herr M. seine Entstellungen über die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung, die er sich aus Schärmarüberblättern oder gelben Blattchen zusammengetragen, beendet hatte, erntete er zu seinem großen Entsetzen ein demerndes „Bist“. Um die gestörte Laufbahnung wieder einzuleiten, erklärte der Auktoral Herr Redlich: „Es erhallen zur Diskussion nur nationalgütige Arbeiter das Wort!“ Da brach ein solcher Sturm der Entrüstung los, daß auch „Vollege“ Witz die Fassung vollständig verlor. Er sprang auf mit den Worten: „Denn man ein bein!“ und telephonierte nach der Polizei. Der Witz, ein Mann, welcher geschäftlichen Dank auf seine Arbeitsscheine aussetzt, um sie in die gelbe Organisation zu bringen, war schon vor der Versammlung auf die Polizei gefahren. Jedenfalls um Schutz zu verlangen. Beide Male wurde er abgewiesen. Jetzt erschien der Witz, der sein Hausrecht nicht

brauchen wollte. Ein Mann, Witzlich mit Namen, der 1900 als Mitglied eines anderen Verbandes eine so große Rolle spielte, nannte auf Erhöhen des Herrn Redlich eine Anzahl Leute. Keinem der gewerkschaftlichen Arbeiter wurde das Wort erteilt. Ein Appell, eine freie und friedliche Aussprache herbeizuführen, war erfolglos. Darauf schloß sich auf das wiederholte Anrufen die bewährte Macht. Alle Wünsche der Auktoralen wurden aufgeföhrt, den Saal zu verlassen. Mit einem Hoch auf den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband entfernten sich unsere Kollegen. Nachdem die Wachen der Formationszeit kurz nach uns ebenfalls ihren Abzug bewerkstelligten, blieben noch ganze 15 Tagelöhner der neuen „nationalen“ Verwaltung beizusetzen. Sie rufen allen anjeren Kollegen zu: Laß Euch nicht von Eurer Ueberzeugung abbringen. Nur der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vertritt Eure berechtigten Interessen.

Münchberg. Wachen Mitgliedern des Magistrats und den Vertretern der Betriebe ist das Wort Arbeiterrrecht offenkundig erteilt, daß sie kein Wort in die Zukunft verfallen. Es liegt System in der Lage. Aber ein System, welches dringend eine ideale Beseitigung im Interesse der Allgemeinheit erfordert. Die vorgedachten Ausschüsse sollen immer nur ein Dekretationsmittel bleiben. Jeden Versuch, sich der Interessen ihrer Kantongebere ernstlich anzunehmen, legt man am liebsten als „Auftrug“ aus. Die bestehende Lohnkommission sagt ihre Aufgaben dahin auf, jede Lohnaufbesserung zu verhindern. Man könnte diese Institution „Beseitigter Betriebsverein“ nennen. Es gibt hier Vorgesetzte, die sich nicht entschließen, die ihre Pflicht voll erfüllenden Arbeiter als „rote Hunde“ zu bezeichnen. Dieser geht es auf diesem Gebiete nicht mehr. Wenn nun solche Vorgesetzte bei der großen Mehrzahl der Beschäftigten an Ansehen verlieren, dann sollen Strafen in allerlei Form dem Breitere der Betreuer wieder zum Siege verhelfen. Daß dadurch nur neue Erbitterung geschaffen wird, geht in die Köpfe dieser Betreuer nicht hinein. So wird das System immer fortgesetzt, bis es eben eines schönen Tages nicht mehr geht. Dann fliegen die Betreuer natürlich nicht sich selbst und das elende System, sondern die bösen „Aufwiegler“ und „Höher“ an. Diese sollen dann an allem schuld sein. Es erweist auch den Anschein, daß dieses unhaltbare System von oben mindestens geduldet wird, da es sich auf alle Betriebe erstreckt. Der vorgedachte Unterschied richtet sich nur nach der Individualität des Betriebsleiters. Im Gaswerk werden seit der Bewilligung der großen Summen für den Umbau so viel Ueberstunden gemacht, daß es so aussieht, als wenn man durch Ueberanstrengung der Arbeiter eine ideale Erneuerung des ganzen Arbeitermannes herbeiführen wollte. Trotz der großen Geldausgaben, die jetzt dort gemacht werden und der außerordentlich hohen Ausnutzung der Arbeitskräfte hat man an die Arbeiter sonst wenig gedacht. Ihre Unterkunftsräume wurden adertissen, aber neue hat man nicht erbaut. Erst als die Arbeiter zu einem idarischen Protest sich rühten, hat man ein paar unzulängliche Neubuden für sie aufgestellt. Am Reinigungssamt sind Entlassungen vorgenommen, die wir ohne weiteres als Kaysregelungen bezeichnen müssen. Wenn irgendein saulenzender Philister einen Arbeiter rufen sieht, so denkt er natürlich nicht einen Moment daran, daß die arbeitenden Menschen auch Bausen haben müssen, sondern sie „faullegen“ dann seiner Meinung nach, und deshalb macht er eine Meldung. Und die Verwaltung glaubt natürlich nicht den Arbeitern, sondern den Philistern, denn diese sind ja unmöglich auch liberal und deshalb glaubwürdig. Die Arbeiter dürfen nicht mehr belommen, denn darunter könnte die Autorität leiden. Das Agieren, Verteilen von Handzetteln usw. ist natürlich streng verboten, aber nur wenn die Arbeiter es tun. Wenn in den Tiefbauarbeiten für eine liberale Liste agitiert wird, steht es kein Vorgesetzter, ja, die nachgeordneten Untergebenen sollen sich selbst als Kandidaten auf und machen im Dienst eine rege Propaganda für sich, sie stellen sogar die städtischen Zettelverteiler auf. Alles das darf sein. Wenn aber ein Arbeiter eine Unterstützung haben will, dann entdeckt man, daß er „faul“ war und läßt von allen diesen kleinen Vorgesetzten der Reihe nach bestätigen, daß man den Mann nicht länger beschäftigen konnte. Diese so gründliche Unterstützung eracht prompt die Schuld des Sunders, und er wird in die Wüste geschickt. Die Straßenreiner und auch die Gasarbeiter haben in jeder sehr auf besuchten Versammlungen gegen dieses System protestiert. Weitere Versammlungen werden folgen.

Leipzig. Am 5. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung im Volkshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Kunze, Jähne, Schüller und Ziemerwald in der üblichen Weise geehrt. Kollege Schuchardt erinnerte sodann über: Unser Verband und seine Einrichtungen, wobei er besonders die idealen Ziele wie auch die praktische Handhabung der Unterstützungseinrichtungen aufklärend besprach. Daran schloß sich eine kurze Diskussion anreißender Natur an. Die Abrechnung vom dritten Quartal bilanziert in Einnahme und Ausgabe in 11. Klassenbestand mit 1606,22 Mk. Zur Unterstützung wurden 1518 Mk. ausgegeben. Die Abrechnung vom Sommerfest erforderte einen Zuschuß von 183,19 Mk. Auf Antrag des Auktoralvorstandes wurde in geheimer Abstimmung mit 103 gegen 4 Stimmen das Mitglied Grunzfeld vom Mitgliedsverze nach § 6 des Statuts ausgeschlossen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Ueber: „Gewerkschaftliche Verfassungsfragen“ hat kürzlich Reichstagsabgeordneter E. D. Bernheimer in Stuttgart einen Vortrag gehalten. Wir geben seine vortrefflichen Ausführungen nachstehend im Auszuge wieder: In der Geschichte treten und die Gewerkschaften zuerst im England im 18. Jahrhundert entgegen als örtliche Verbindungen, als lokale Vereine von Angehörigen eines bestimmten Berufes. Später finden wir gleichartige Verbindungen unter verschiedenen Namen auch in Frankreich und noch etwas später bei uns in Deutschland als Lokal- oder Gewerksvereine. In den vier Jahren nennen sich die örtlichen Organisationen vielfach Streikvereine, später Arbeitervereine. Sie entstehen in ihrer ersten Zeit in ziemlich loser Form, vielfach stellen sie sich einfach als reine Werkverhandlungsstellen oder als Unterstützungsgesellschaften dar. Nur ihre Zeit hatten diese losen Verbindungen gewisse Vorteile: Beweglichkeit, Arbeit der Initiative, nach Gutem des Augenblicks Streits anzuknüpfen, und die Vermeidung bürokratischer Einrichtungen. Die modernen Formen des Wirtschaftslebens, insbesondere die erstarkende Organisation des Unternehmenswesens und die Concentrierung der Unterstützungsanstaltungen, haben eine andere Form der Gewerkschaftsorganisationen notwendig gemacht: Den Zentralverband. Verfassungsrechtlich genommen, ist die Gewerkschaft als Zentralverband der Einzelkörper, die Gesamtheit als Einheit betrachtet, die sich durch ihre Statut eine Verfassung gibt, die den einzelnen Gliedern der Verwaltung ihre Aufgabe zuweist. Die Vorteile dieser Organisationsform sind leicht einzusehen. In ihr ist die größtmögliche Einheitlichkeit der Funktionen gegeben. Es können größere Mittel aufgebracht und die Aktionen auf breiterer Grundlage durchgeführt werden, weil eingehende Information der Zentrale möglich ist. Natürlich hat aber auch diese Organisationsform ihre Gefahren. Die Verwaltung macht eine ständige Beamtenerschaft notwendig. Man hat sich lange dagegen gestraut, aber schließlich war die Erledigung der Geschäfte im Nebenantritt zur Unmöglichkeit geworden. Jede ständige Beamtenerschaft trägt die Gefahr in sich, daß sich ein bürokratischer Geist einschleicht, der die Initiative lähmt. Dabei wäre ein absoluter Zentralismus oder ein zentralistischer Absolutismus eine sehr bedenkliche Verfassung für die Gewerkschaften. Absoluter Zentralismus nach einer Formel ist unmöglich von Vorteil. Man kann die Frage aufwerfen: Ist es noch demokratisch, wenn den Zentralinstanzen so viele Macht in die Hand gegeben wird, wie es in den Zentralvorständen der Fall ist? Demokratie bedeutet Selbstregierung. Aber die Demokratie ist eben keine so einfache Sache bei großen Organisationen. Sie kann nur Wahrheit werden, wenn sie den Zwecken des Gemeinwesens angepaßt ist. Eine gewisse Übertragung von Funktionen findet ja schon bei den einfachsten Organisationsformen statt. Die Selbstregierung aller Elemente wäre ein Chaos, das selbst die Anarchisten nicht wollen. Die Übertragung einzelner Funktionen ist also eine Notwendigkeit. Wir haben drei Formen von Vollmachten: 1. die Urabstimmung, es stimmen zwar alle ab, aber die Mehrheit entscheidet; 2. das gebundene Mandat, wo der Delegierte nur der Mandatar seiner Auftraggeber ist, und 3. das offene Mandat, wo der Delegierte der Vertreter ist, der nach eigener Überzeugung abstimmen darf. Bei der Urabstimmung, die auf verschiedene Arten erfolgen kann, scheint die reinste Demokratie zum Ausdruck zu kommen. Nun steht aber die Sache so, daß in großen Organisationen schon aus technischen Gründen die Abstimmung in der Generalversammlung nicht allen Mitgliedern möglich ist. Es kann also nur in einzelnen Gruppen oder Abteilungen abgestimmt werden. Die Abstimmung in Gruppen hat aber den großen Nachteil, daß nicht alle Gruppen gleichmäßig informiert sind, daß Gefühlswaltungen und örtliche Einflüsse dabei eine größere Rolle spielen, als sie sollten, so daß das allgemeine Interesse zurücktritt oder doch nicht richtig zum Ausdruck kommen kann; oft wird eine Entscheidung getroffen, ohne daß eine genügende Debatte vorausgegangen ist. Deshalb ist die Gruppenabstimmung überall da, wo über folgenreichere Fragen abgestimmt wird, unangebracht. Die Abstimmung mittels besendeter Stimmzettel hat dieselben, ja noch größere Nachteile. Es stimmen Leute ab, die gar nicht an den Entscheidungen teilgenommen haben — sehr wichtige und verhängnisvolle Entscheidungen fallen unter Umständen durch eine anonyme, eine indifferente Masse. Will man vor oder in einem Kampf schädliche Beschlüsse vermeiden, so muß man die Abstimmenden genau über die in Betracht kommenden Momente unterrichten, und das bis hin zu den Abstimmungen die Karten vor aller Welt aufdecken. Dadurch würde in den meisten Fällen die eigene Position unangehener gefährdet und die des Gegners gestärkt. Die Urabstimmung ist also bei Kampforganisationen, wie die Gewerkschaften sie darstellen, außerordentlich bedenklich, sie kann nur da angewandt werden, wo es sich um ganz klare Fragen handelt, bei denen der Zufall keine Gefahren bringen kann. Das zeigt, daß die übertriebene Demokratie nicht ideal ist. Das gebundene Mandat hat die Fehler der Urabstimmung, ohne ihre guten Seiten. Es bindet den Dele-

gierten gegen jede Belehrung und gegen seine bessere Überzeugung. Bleibt noch das offene Mandat, durch das der Delegierte das Recht hat, die zur Orientierung stehenden Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, wo also der Mandatsinhaber das Vertrauen seiner Wähler in vollem Maße besitzt. Das soll auch so sein. Eine Organisation, in der es nicht möglich wäre, wäre nicht wert zu existieren. Das Verfassungsleben soll das Gefühl der Verantwortung anerkennen, und das Verantwortlichkeitsgefühl wird die Delegierten leiten, wenn ihnen Vertrauen entgegengebracht wird. Was von den Delegierten gilt, gilt auch von denjenigen, die man in leitende Stellungen wählt. Hier haben wir zu unterscheiden zwischen Beamten in der Stellung von Führern und den zur einfachen Bureauarbeit berufenen Angestellten. Da muß man sich klar werden, welche Aufgaben dem Führer und welche dem Bureaubeamten zugewiesen werden sollen. Die Einschränkung der Macht der Führer hat die Bureauarbeit nicht aufgehoben, sondern verfrachtet. Sie hat den Führern die Verantwortung gemindert, aber ihnen dafür die Initiative, den schöpferischen Geist genommen. Das größte Recht bringt das Gefühl der Verantwortlichkeit, das Gefühl der Initiative und der Fairness. Der Angestellte muß sich an den Buchstaben halten und nach ihm handeln; der Führer soll sich an den Geist des Ganzen halten und nach ihm handeln, wenn er seines Büros wert sein will. Der Angestellte handelt nach der Formel, der Führer auf Grund freier Entscheidung, natürlich im Rahmen der ihm zugewiesenen Rechte. Der Angestellte soll handeln nach seiner Anweisung, der Führer soll auf das Resultat sehen, das erzielt werden soll, und danach soll er seine Maßnahmen treffen. Das ist das große Wort bei allen Verfassungsfragen der Gewerkschaftsbewegung: Wir müssen unterscheiden zwischen formalistischer und funktionaler Demokratie. Heute wird vielfach die Anschauung vertreten, daß ein gewisser Stillstand oder eine Verlangsamung im Fortgang der Organisationsarbeit der Gewerkschaften zuzuführen sei auf die Zentralisation, auf nicht energieloses Zusammen der großen Verbände. Es wird gesagt, früher, wo die Organisation noch eine lose war, habe man viel mehr erreicht, heute werde nur immer verhandelt. Das ist, rein äußerlich betrachtet, richtig. Aber wer das sagt, hat nicht in Betracht gezogen, wieviel härter organisiert heute das Unternehmenswesen den Arbeitern gegenüber steht. Die Gewerkschaft ist ein demokratischer Körper. Die Demokratie ist aber keine formalistische, sondern eine funktionelle, kein Schema, sondern ein leitendes Prinzip. Auf ihren Geist, ihre Zwecke und Bedürfnisse kommt es an.

Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein blüht in diesem Jahre auf eine zehnjährige freigewerkschaftliche Tätigkeit zurück. Bereits im Jahre 1890 als blauer Verein zu dem Zweck gegründet: „die Gärtnerjugend der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten“, führten formwährende innere Streikaktionen zu einer Urabstimmung der Mitglieder, die eine Entscheidung über den einzuschlagenden Marsch treffen sollte. Mit Zweidrittelmehrheit entschied die Abstimmung, die vom 1. bis 15. Oktober 1903 stattfand, für den Anschluß an die Generalcommission der Gewerkschaften. Der Führer der Minderheit (Rehrens), trat mit seinem Anhang aus, während der alte freigewerkschaftliche Verband sich mit dem ehemals blauen Verein zu gemeinsamer Tätigkeit verschmolz. In den 10 Jahren hat sich die Mitgliederzahl von 663 auf 7728 gesteigert. Von 1905 bis 1912 wurden für 4558 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 10 bis 15 Stunden und für 11.004 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 28 bis 42% erkämpft. 80 Tarifverträge regeln die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von rund 1600 Personen. Beteiligt an den Kämpfen und Erfolgen waren alle Branchen des Berufes.

Verbandstage und Kongresse.

Der außerordentliche Verbandstag des Bauarbeiterverbandes in Hamburg hat die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab 1. April 1914 mit 163 gegen ca. 100 Stimmen beschlossen. Die Beiträge sind um ca. 20 Proz. erhöht worden. Sie werden für 14 (bisher 10) Wochen erhoben. Während die staatliche Bureaukratie und die Regierungsbeisitzer im Reiche die Durchführbarkeit der Arbeitslosenversicherung angezweifeln oder gar verneinen, geben die Gewerkschaften entschlossen und kraftvoll an die Lösung des Problems an in jenen Gewerkschaften, wo die Lage des Arbeitsmarktes am unübersichtlichen ist. Die obligatorische Arbeitslosenunterstützung am Orte ist nun in allen freien Gewerkschaften eingeführt, bis auf die Verbände der Landarbeiter, Gastwirtschaftlichen, Holzer, Schneider, Steinarbeiter, Steinzieher und Zivildienstleistender. Diese Verbände hatten im Jahresdurchschnitt 1912 eine Mitgliederzahl von 168.300. Von den 2.530.390 Gewerkschaftsmitgliedern im Jahresdurchschnitt 1912 gehören also unter den Bauarbeitern 2.362.060 Organisationen an, in denen die Arbeitslosenunterstützung durchgeführt ist.

Rundschau

Eine „mustergültige“ Lohnbewegung im badischen Musterlande. Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in Nr. 48 der „Gewerkschaft“ über die Eingabe der Rajschmisten des Karlsruher Theaters an den badischen Landtag, in der um Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs gebeten wurde.

Streik der Straßenbahner und Gasarbeiter in Leeds (England). Wie dem „Beil. Tageblatt“ ein Telegramm aus London meldet, sind in Leeds die britischen Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke und die britischen Straßenbahner in einen Streik eingetreten, der bereits zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden geführt hat.

Streikverhinderung der Unternehmer. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gründete am 12. Dezember in Berlin eine Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverhinderung.

Die Entwicklung der „ortsüblichen Tagelöhne“. Der „ortsübliche Tagelohn“ oder „Crislohn“, wie er in der neuen Reichsversicherungsordnung heißt, findet in der sozialen Gesetzgebung eine vielseitige Berücksichtigung.

Table with 4 columns: City, 1884, 1912, Zunahme. Lists cities like Berlin, Köln, Breslau, etc., with corresponding wage data.

Wie man sieht, beträgt die Vermehrung der Crislohne zwischen 11 und 113 Proz. Im Durchschnitt dürfte in diesen 28 Jahren der Satz um 50 Proz. gestiegen sein.

männliche Arbeiter auf. Ihnen folgt Groß-Berlin, also Berlin mit Charlottenburg, Schöneberg, Wilmeröder, Lichtenberg usw., wo der Crislohn überall gleichmäßig auf 3,60 Mk. festgesetzt ist.

Etwas vom Scharfmachertum. In der „Sozialen Praxis“ unterzeichnet Prof. Dr. Zimmermann in einem längeren Artikel das Verhalten der Gegner der „Gesellschaft für Soziale Reform“ einer kritischen Besprechung.

Ein weiteres Ziel unserer Gemeinschaftsarbeit ist die Bildung eines Schutzverbandes gegen die „Nebensozialpolitik“; je älter ich werde, desto mehr erkenne ich, daß unsere Sozialpolitik ein schwerer Fehler war.

bindet. — Zimmerman antwortet demgegenüber: Wir treiben Sozialpolitik nicht allein um der Arbeiter willen, sondern um des ganzen Volkes willen, in dem die Arbeiterschaft vier Fünftel der Gesamtheit ausmacht und eine verständige Einordnung als gleichberechtigten Stand in die Nation und den Staatsorganismus erheischt, wenn der gesamte Staatskörper lebenskräftig und mächtig gedeihen soll. — Wo aber, so müssen wir nun fragen, hat sich je das Schwarzschadertum um die Gesamtinteressen einer Nation gekümmert?

Die bevorstehende Revision unserer Handelsverträge wirft bereits ihre Schatten voraus. In Schlachtlinie formieren sich die Anhänger unserer „beschränkten Wirtschaftspolitik“, um sich die Taschen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu füllen. Zu diesem edlen Zwecke haben sich der „Zentralverband Deutscher Industrieller“ und der „Bund der Landwirte“ vor wenigen Wochen mit dem „Reichsgewerlichen Mittelstandsverband“ zu einem „Cartell der schaffenden Stände“ zusammengesetzt. „Zentrum und Nationalliberale haben dem Mittelbunde ihren Segen gegeben. Boreck soll verübt werden dem „Schutz der Arbeitswilligen“ ohne ein formales Ausnahmengesetz zu einer wirksamen Verbindung aller wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeiter und Unternehmer auszubauen. Die verbündeten Schwarzschadler erheben aus ihrer Mitte immer wieder den Ruf nach vernünftigem Arbeitswilligenchutz und einer härteren Bekämpfung der Monopolvereine. Damit spekulieren sie auf die Kamotte des sogenannten Mittelstandes, der Handwerker und Stämme, die sich in ihrer Existenz schwer bedrückt fühlen durch den Werteverfall der Großindustrie und der Warenhäuser. Dazu kommt noch eine fortwährende Steigerung der Rohmaterialpreise durch die unheimliche Zoll- und Wirtschaftspolitik. Einmal diesen beiden Ursachen ihrer Misere an den Stragen zu gehen, werden die Monopolbetreibenden ihren ganzen Haß auf die Arbeiterklasse, die es verdient hat, durch die Macht der Gewerkschaften eine Verbesserung ihrer Lage zu erringen. Indem das „Cartell der schaffenden Stände“ diesem Haß durch den Arbeitswilligenchutz entgegenkommt, heißt es bei der Neubearbeitung der Handelsverträge auf die Unterdrückung der Kleinrentner und Handwerker, um dann diesen sowie den Arbeitern den ungeflörten Haß über die Ober zu können. Es gilt daher, möglichst zu sein und in unermüdlicher Organisationsarbeit nicht zu erlahmen.

Wo der Weihnachtengel hinging.

Die Kinder hungerten und froren sehr.
So war es im Dezember von jeder.
Die Mutter sagte: Kinder, ist euch kalt?
Geduld! Der Weihnachtengel kommt nun bald.
Die Kinder, ach! verloren allen Mut.
Allein der liebe Gott ist barmherzig:
„He, Weihnachtengel!“ rief er. „Steige aus.
Speisung und Alleder trag ins dürre Haus...“
Und er schrie von oben ganz genau
Die armen Kinder und die arme Frau.
Der Engel flog zur Stadt. Dort war das Licht
So hell, er fand die Armenwohnung nicht.
In dem Gewirr harrt jemand auf ihn zu
In Jodspels und seinem Zeidenhut:
„Weiß himmlische Geschenke! Er, die sind
Weiß für uns? Komm mit mir, helbes Kind.“
Der Engel sprach: „Dies soll für Arme sein.“
— „Wu seten ja ein Armenheim. Triff ein!“
— Ein glanzender Palast empfing das Paar.
Man las am Tor: Wohlthatenstiftung.
Vornehme Herr'n, demantumblutige Frau'n
Gillen herbei, den Engel zu beschauen
Und was er mit sich führte. „Gib' mir her!“
Bald war des Weihnachtengels Zwürge leer.
Und man verheirathete dann Kind für Kind,
Man hatte mit der Himmelsspende Glück.
Viel Gold kam ein. Da lud das Komitee
Den Engel gleich zu Zelt und Prunkpöper.
Verauflit hlog er nach Haus. Bei Peri der Welt
Kief: „Zehu nur, was du unten angeheht!“
Der Engel sah erkannt von oben zu.
In Jodspels und seinem Zeidenhut
Zohlette jemand in das dürre Haus
Und packte dort drei blanke Fleinige aus:
„Die. Kind das Komitee. Es ist nicht weit!
Wohlthatenstiftung und Wohlthaten
Ergeb als Wohlthat den Armen Kest.
Ja, wohltun soltet Gied! — Vergaßte: Kest!“
Die Kinder hungerten und froren sehr.
So war es im Dezember von jeder. S. Mz. im „Allf“.

Verbandsteil

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Weihnachtsunterstützung für streikende und gemahregelte Mitglieder. Wie in früheren Jahren so hat auch in diesem Jahre der Vorstand beschlossen, den am 21. Dezember noch ausgeperrten bzw. streikenden oder gemahregelten Mitgliedern eine Weihnachtsunterstützung aus Mitteln der Hauptkasse zu gewähren. Es erhalten: Ledige 4 Mk., Verheiratete 6 Mk., für jedes zur Familie gehörige Kind unter 14 Jahren 1 Mk. extra.

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Mitglieder. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahre den arbeitslosen Mitgliedern unseres Verbandes zu Weihnachten eine besondere Unterstützung aus Mitteln der Hauptkasse gewährt. Gleich den Streikenden erhalten alle Mitglieder, die bis einschließlich dem 13. Dezember arbeitslos wurden und bis 21. Dezember arbeitslos blieben, Ledige 4 Mk., Verheiratete 6 Mk. und für jedes zur Familie gehörige Kind unter 14 Jahren 1 Mk. extra. Bezugsberechtigt sind auch alle arbeitslosen oder noch nicht unterstützungsberechtigten Mitglieder, sofern sie seit 1. Oktober 1913 Mitglied des Verbandes sind.

Neue Beitragsmarken. Für das Jahr 1914 werden wieder, wie für 1913, neue Beitragsmarken ausgegeben. Sie tragen als Jahrzahl die Jahreszahl 1914 und unterscheiden sich von den Marken für 1913 nur durch andere Farben. Mehrere Filialen haben jedoch ihre Bestellungen bisher nicht bewirkt. Soll die Beitragskassierung keine Störung erleiden, denn auch das Verjaumte scheinbar nachgeholt und Bestellungen neuer Marken bei der Hauptkasse aufgegeben werden.

Fällige Beitragswoche. In der Woche vom 21. bis 27. Dezember 1913 ist die 51. Beitragswoche fällig.

Materialienversand. Während der letzten Tage ist das Material für die Abrechnung des 4. Quartals an die Kassierer verschickt worden. Außerdem sind den Kassierern verschiedene Fragebogen übermittelt worden, um deren recht baldige Ausfüllung und Rücksendung wir erfordern. Sollten die zuständigen Stellen das Material nicht erhalten haben, so bitten wir um unverzügliche Reklamation.

Inhaltsverzeichnis 1913 der „Gewerkschaft“ und „Sanitätswarte“. Das Inhaltsverzeichnis erscheint mit Nr. 1 des neuen Jahrgangs. Bestellungen der Filialen und Einzelmitglieder bis zum 27. Dezember an die Expedition, Winterfeldstraße 21. Der Vorstandsvorstand.

Filiale Kaiserslautern.

Weihnachtsfeier.

Sonntag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, findet in unserem Verbandshaus „Zur Burg“ unsere diesjährige Weihnachtsfeier statt unter Mitwirkung der besten Kräfte. Die Ortsverwaltung.

Totenliste des Verbandes.

Emmi Juleda, Brannschweig

Masseuse

† 10. 11. 1913, 39 Jahre alt.

Emil Smuda, Berlin

Arbeiter b. d. Postverwaltung

† 29. 11. 1913, 52 Jahre alt.

Josef Dingel, Berlin

Gasanstaltsarbeiter

† 3. 12. 1913, 53 Jahre alt.

Friedr. Gräßlich, Chemn. Ruhr

Masseur

† 7. 12. 1913, 24 Jahre alt.

Karl Volkraht, Werdau

Tiefbauarbeiter

† 7. 12. 1913, 49 Jahre alt.

Karl Aug. Krehmer, Dresden

Gasanstaltsarbeiter

† 8. 12. 1913, 59 Jahre alt.

Joseph Böll, Nürnberg

Gartenarbeiter

† 9. 12. 1913, 44 Jahre alt.

Angust v. Selb, Hamburg

Steinmetz

† 10. 12. 1913, 69 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!